

Im Herbst müssen die Proteste weitergehen

Für den 17. September ruft das bundesweite Bündnis ‚Wir zahlen nicht für eure Krise‘ zu dezentralen Aktionen in möglichst vielen Städten auf. Dies wurde auf der Konferenz des Bündnisses in Kassel Ende Juni beschlossen. Die Krise des Kapitalismus hat viele Gesichter und Bereiche und diese sollen am bundesweiten dezentralen Aktionstag sichtbar gemacht werden. Dazu bedarf es einer Protestkultur, die diese Vielfalt deutlich macht, sie in Aktionen umsetzt. Im Mittelpunkt soll deshalb auch die Vernetzung der verschiedenen Kämpfe und Bewegungen stehen: Streik der ErzieherInnen, Bildungsproteste, regionale betriebliche Kämpfe gegen Massenentlassungen und Betriebsschließungen, kommunale Protestbewegungen für soziale, ökologische, demokratische Ziele Nur wenn es gelingt, diese unterschiedlichen Gruppen, Proteste, Kämpfe zu vernetzen und eine breite soziale Bewegung entsteht, können wir Alternativen zum Krisenkapitalismus durchsetzen.

Weiterführung des bundesweiten Bündnisses

Da die Gefahr besteht, dass nach der Großdemo des DGB am 16. Mai erstmals keine weiteren bundesweiten gewerkschaftlichen Aktionen mehr folgen, wie dies 2004 nach den Großdemos am 3. April gegen die Agenda 2010 geschehen ist, hat die Kasseler Aktionskonferenz einmütig beschlossen, das bundesweite Bündnis weiter zu führen. Ohne diese bundesweite Vernetzung von ca. 200 sozialen, politischen, ökologischen Organisationen und gewerkschaftlichen Gliederungen hätte es die Demo am 28. März nicht gegeben. Diese Demo bildete den Auftakt einer Protestbewegung gegen die Abwälzung der Krisenlasten. Dieses Bündnis wird die Bewegung weiter vernetzen, bundesweite Aktionen vorbereiten und durchführen.

Lokale Bündnisse aufbauen

Nach der Bundestagswahl drohen Kürzungen bei Bildungs- und Sozialausgaben, während Banken und Betriebe weitere Milliarden spritzen erhalten werden. Und es drohen massiver Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen. An diesen Widerprüchen gilt es, mit gemeinsamen Aktionen anzusetzen. Diese Aktionen müssen vor Ort mit den Betroffenen vorbereitet und durchgeführt werden, so können viele Menschen angesprochen und einbezogen werden. Deshalb ging von Kassel auch ein klares Signal aus, möglichst viele örtliche Bündnisse zu gründen. Auf der Homepage des Krisenbündnisses (www.kapitalismuskrisse.org) können diese Bündnisse Infos oder Verlinkungen einstellen, um die jeweiligen Erfahrungen und Anregungen auszutauschen.

Bundesweite Bündniskonferenz im Herbst

Für den Herbst wurde eine weitere Aktionskonferenz beschlossen. Dort müssen die Bundestagswahlen, die Ergebnisse von Koalitionsverhandlungen der neuen Bundesregierung analysiert werden. Denn: die eigentliche Rechnung für die Finanz- und Wirtschaftskrise wird der Mehrheit der Bevölkerung erst nach den Bundestagswahlen präsentiert werden. Die Grausamkeiten, die uns dann drohen, werden die Agenda 2010 als harmlos erscheinen lassen. Unsere Antwort darauf – Großdemonstration im Frühjahr, politische Streiks, o.ä. – soll auf dieser Konferenz diskutiert und entschieden werden.

Bildungsprotestbewegung unterstützt Aktionstag

Das Bündnis Bildungstreik hat auf seiner Konferenz Anfang Juli den erfolgreichen Bildungstreik Mitte Juni ausgewertet und weitere Aktionen geplant. Als Erfolg der über 200.000 Bildungstreikenden wurde gewertet, dass

eine breite Debatte über unser Bildungssystem entbrannt ist, niemand sich mehr traut, eine Schmalspurausbildung zu befürworten und selbst die Bildungsministerin jetzt den Master als Regelabschluss für alle einführen will. Ein gemeinsamer Aktionstag mit anderen Bewegungen am 17. September wird vom Bündnis als eine Chance gesehen, die Forderung nach freier und solidarischer Bildung gemeinsam mit anderen Forderungen der sozialen Bewegungen in die Diskussion vor der Bundestagswahl sichtbar einzubringen. (www.bildungstreik2009.de)

Gewerkschaftspolitik in der Krise Kämpfen statt verzichten

Wir wollen auf unserer **Jahreskonferenz**

Ende Oktober die Debatte führen um

- das Selbstverständnis der Gewerkschaftslinken vor dem Hintergrund der Krise
- die Politik der Gewerkschaftsführungen in der Krise und die Aufgaben der Gewerkschaftslinken
- die Initiierung einer gesellschaftlichen Bewegung für Arbeitszeitverkürzung.

Zusammen mit Vertretern betrieblicher Kämpfe wollen wir Erfahrungen von aktuellen Auseinandersetzungen auswerten.

Termin: Freitag, 30. Oktober 2009 um 18.00 Uhr

Samstag, 31. Oktober 2009 von
10.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Stuttgart, AWO – Begegnungsstätte am
Ostendplatz, Schönbühlstraße 65

**Weitere Infos ab Mitte September im Labournet
unter: www.labournet.de/GewLinke**

Aktionen der Gewerkschaften - Perspektiven

Am 5. September führt die IG Metall eine Großveranstaltung in der Commerzbank-Arena in Frankfurt/M unter dem Motto „Macht Politik für die Mehrheit der Menschen – Schluss mit der Ungerechtigkeit“ durch. Morgens wird die IG Metall-Jugend in Frankfurt Aktionen gestalten. Am 12. September plant ver.di einen bundesweiten Aktionstag zum gesetzlichen Mindestlohn.

Wichtig ist, diese Aktionen genauso bunt und kämpferisch zu gestalten wie die Demo am 16. Mai in Berlin. Dort beherrschten selbstgemalte Schilder und Transparente,

rote Fahnen und kämpferische Parolen den Demozug. Beide Aktionen müssen von betrieblichen und gewerkschaftlichen Gliederungen kämpferisch vorbereitet und gestaltet werden. Von den Gewerkschaftsvorständen scheint es keine Vorstellungen zu geben, mit welcher politischen Perspektive die Proteste weitergehen sollen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die politischen Perspektiven in die Gewerkschaftsbewegung hinein zu tragen.

Die Macht der Gewerkschaften liegt in den Betrieben und auf der Straße

Die Auseinandersetzungen werden härter werden, deshalb müssen andere Widerstandsformen entwickelt und werden. Vom IGM-Vorsitzenden, Berthold Huber, stammt der Satz: „Die Macht der IGM liegt in den Betrieben, nicht auf der Straße.“ Linke GewerkschafterInnen haben diesen Satz etwas umgewandelt in: „Die Macht der Gewerkschaften liegt in den Betrieben **und** auf der Straße.“ Es soll an dieser Stelle nicht angezweifelt werden, dass sich die Stärke der Gewerkschaften in erster Linie in den Betrieben definiert. Es wäre sogar zu wünschen, dass sich der betriebliche Widerstand gegen Massenentlassungen, Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen, Betriebsverlagerungen ... verstärkt und an Radikalität und Dynamik noch zunimmt. Doch unter den Bedingungen der Krise sind gerade den rein betrieblichen Handlungsmöglichkeiten enge Grenzen gesetzt. Die Stärke in den Betrieben kommt eben in erster Linie dann zur Entfaltung, wenn die betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen mit politischen Forderungen und Perspektiven verbunden werden. Es gilt, die Mobilisierung in den Betrieben **und** auf der Straße zu verstärken.

Politischen Streik etappenweise vorbereiten

Die Gewerkschaften brauchen ein wirkungsvolles politisches Instrument, um ihren Forderungen Gewicht und Durchsetzungskraft zu verleihen. Dazu gehört die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben, dazu gehört aber auch der politische Streik. Der Kampf um wirkliches Streikrecht, das sich nicht auf tarifliche Forderungen beschränkt, muss deshalb ein wichtiges Element werden. Es gab in der Vergangenheit immer schon Elemente des politischen Streiks, beim Angriff auf die Lohnfortzahlung und Tarifautonomie, bei der Rente mit 67 oder auch Mitte Mai diesen Jahres bei den Demos und Kundgebungen der IG Metall in Baden-Württemberg zur Sicherung der Arbeitsplätze. Es gibt aber keinen organisierten Ansatz, den politischen Streik etappenmäßig vorzubereiten, die verschiedenen Aktionen während der Arbeitszeit aufeinander abzustimmen. Genau das wäre jedoch notwendig, um nach der Bundestagswahl die Angriffe von Kapital und Regierung erfolgreich zurück zu schlagen!

Weitere Infos über Perspektiven des Protestes unter:

www.laboumet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2009/finanzkrise_gew.html
www.laboumet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2009/mobidebt.html

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani –
Christiaan Boissevain

Tel: 06182/782306 / E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 26. Juli 2009

Verzichtsvereinbarungen? Opel, Daimler

Die Stimmung in Bochum schwankt zwischen Wut und Verzweiflung. Die Zukunft ist völlig unklar. Der Erpressungsdruck nimmt weiter zu: der Verzicht auf die Tarifierhöhungen ist schon akzeptiert, auf das Urlaubsgeld nur in Bochum noch nicht. In Rüsselsheim ist das anders, dort steht anscheinend die Mehrheit der Belegschaft hinter dem Verzichtskurs. Typisch für die oppositionelle Stimmung in Bochum ist die Tatsache, dass die IGM nur hier die Mitglieder persönlich über Verzichtsleistungen abstimmen lässt. Bei der Abstimmung über die Lohnerhöhung haben 40 Prozent gegen einen Verzicht gestimmt. Das sind diejenigen, die auf diesen Verzichtskurs keine Hoffnung mehr setzen, die aber gleichzeitig zugestehen müssen, damit in der Minderheit zu sein.

Ähnlich sieht es wohl in vielen Betrieben aus. Wir haben in den Betriebsräten der Großbetriebe, auch bei VW, Daimler oder anderen, mehrheitlich Leute, die sich deutlich zum Co-Management bekennen. Deren Losung ist: Wir sind hier gewählt worden, wir müssen hier die Belegschaft vertreten. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Klaus Franz hat das so ausgedrückt: "Ich bin an erster Stelle Opel-Betriebsrat und erst an zweiter Stelle Gewerkschafter." Solidarität heißt bei Klaus Franz, der ja auch Vorsitzender des GM-Euro-Betriebsrates ist, kein Werk werde geschlossen, und das gelte auch für ganz Europa. Aber die Devise, unter der diese Gemeinsamkeit organisiert wird, lautet: "Geteiltes Leid ist halbes Leid." Die IG Metall-Führung unterstützt diesen Kurs mit der Forderung "Faire Lastenverteilung!" Akzeptiert wird dabei die Annahme, dass im Rahmen der Krisenentwicklung und des weltweiten Konkurrenzkampfes alternativlos Kostensenkungspläne durchgezogen werden müssen. Diese regulierte Leid-Verteilung als offizielle Linie der IGM lässt auch nicht zu, dass man die Betriebsräte im Widerspruch zur IGM-Führung sieht und sie aus der Kritik herausnimmt.

Unser Motto heißt erstmal: Durch Verzicht kann unsere Zukunft nicht gesichert werden. Je weniger wir uns auf die Parole ›Unser Betrieb muss bleiben‹ reduzieren lassen, je mehr wir Forderungen vertreten und Aktionen machen, die über den Betriebsrahmen hinausgehen, desto größer ist die Chance, dass sich andere KollegInnen Aktionen anschließen, die von einzelnen Belegschaften ausgehen. Desto größer ist auch die Chance, dass eine Bewegung in Gang kommt, die die Herrschenden zu Zugeständnissen zwingen kann. So versuchen

wir derzeit, den Blick auf die Krisenursachen insgesamt zu lenken. Mit der Vorstellung "Wir wollen weiter so arbeiten wie bisher", kommt man angesichts der Tragweite dieser Krise nicht weit.

Wir müssen nicht „bessere Interessenvertretung“ anstreben, sondern die Ermächtigung von Belegschaften, sich selbst ihrer Haut zu wehren. Das heißt auch, den KollegInnen immer wieder zu sagen: Verlasst Euch nicht auf ein paar gewählte Betriebsräte, mit einem Kreuzchen könnt ihr Euer Schicksal nicht in die eigene Hand nehmen. Es ist sicher gut, wenn es ein paar Betriebsräte gibt, die aufklären und mobilisieren. Aber entscheidend ist doch, ob man als Belegschaft zusammen in Erscheinung tritt. Genau das ist unbequem für die KollegInnen und das kennzeichnet auch unsere augenblickliche Schwäche: Denn einerseits sind viele verständlicherweise resigniert und winken müde ab, wenn sie ›Gewerkschaft‹ hören. Andererseits wirkt eine lange Tradition, sich dahinter zu verstecken, dass die Vertreter nicht richtig funktionieren. Es wird geschimpft auf die Gewerkschaft, den Betriebsrat, um sich das Hintertürchen aufzuhalten: "Unsereiner kann ja nichts machen." Deshalb haben wir uns sehr dafür eingesetzt, dass die KollegInnen persönlich abstimmen. In allen Betrieben sollten die Betriebsräte und die Gewerkschaftsverantwortlichen unter Druck gesetzt werden, vor jeder Verzichtsvereinbarung solche Abstimmungen wie in Bochum durchzuführen.

Kommentar aus der Opel-Betriebsgruppe „Gegenwehr ohne Grenzen“ – GoG